

NIEDERSCHRIFT

über die **7.** Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Wohnen
(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **26.09.2022**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:02 Uhr
Den Vorsitz führte: Katharina Reinhold

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Uwe Amelungk
2. Frau Dagmar Betz
3. Herr Heiner Cöllen
4. Frau Sabina Kram
5. Herr Sven Ladeck
6. Herr Mario Loebelt
7. Frau Katharina Reinhold
8. Frau Birte Wienands

Vertretung für Frau Barbara Brand

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Frau Annika Bongartz
11. Frau Birgit Burdag
12. Frau Sabine Kühl
13. Herr Leif Eric Lüpertz
14. Herr Rainer Schmitz

Vertretung für Frau Doris Rexin-Gerlach

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| 15. Herr Janis Bonn | Vertretung für Frau Mirjam Crespin |
| 16. Frau Swenja Krüppel | |
| 17. Frau Marianne Michael-Fränzel | |
| 18. Frau Angela Stein-Ulrich | |
| 19. Herr Hermann-Josef Wienken | |

• **FDP-Fraktion**

- | | |
|---------------------------|------------------------------------|
| 20. Frau Elena Fielenbach | Vertretung für Herrn Dirk Rosellen |
| 21. Herr Marc Gölden | Vertretung für Herrn Jan Günther |

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

- | | |
|------------------------|------------------------------------|
| 22. Herr Harald Holler | Vertretung für Herrn Carsten Thiel |
|------------------------|------------------------------------|

• **AfD-Fraktion**

- | | |
|---------------------------|-----------------------------------|
| 23. Herr Christian Keller | Vertretung für Herrn Dr. Kai Rohs |
|---------------------------|-----------------------------------|

• **beratende Mitglieder**

- | | |
|--------------------------|--|
| 24. Frau Barbara Shahbaz | |
|--------------------------|--|

• **Gäste**

- | | |
|--|--|
| 25. Herr Ulrich Hartz
(Jobcenter für den Rhein-Kreis Neuss) | |
| 26. Frau Sabine Hustedt
(Jobcenter für den Rhein-Kreis Neuss) | |

• **Verwaltung**

- | | |
|------------------------------------|--|
| 27. Frau Daniela Bach | |
| 28. Herr Jens Bender | |
| 29. Herr Christian Böhme | |
| 30. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge | |
| 31. Frau Brigitte Carl-Hosse | |
| 32. Herr Carsten Paetau | |
| 33. Frau Ulrike Weyerstraß | |

• **Schriftführung**

- | | |
|--------------------------------|--|
| 34. Frau Jacqueline Dragojevic | |
| 35. Herr Till Brebeck | |

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger.....	4
3.	Schlüssiges Konzept 2023 Vorlage: 50/1655/XVII/2022.....	4
4.	Auswirkung der Energiepreissteigerung im SGB II/SGB XII Vorlage: 50/1656/XVII/2022	4
5.	Quartalsbericht Geflüchtete Vorlage: 50/1591/XVII/2022.....	5
6.	KIM - aktueller Sachstand zur Umsetzung Vorlage: 50/1592/XVII/2022	5
7.	Flüchtlinge im Kontext des Ukraine-Konflikts: Rechtskreiswechsel vom AsylbLG zum SGB II/SGB XII Vorlage: 50/1593/XVII/2022	6
8.	Mitteilungen	8
8.1.	Evaluation Leistungsanbietende BuT Vorlage: 50/1606/XVII/2022.....	8
8.2.	Sachstand kreisweites Wohnungslosenkonzert Vorlage: 50/1599/XVII/2022	8
8.3.	OZG-Sozialplattform Vorlage: 50/1601/XVII/2022	8
8.4.	Einführung des Rhein-Kreis Neuss-Passes Vorlage: 50/1630/XVII/2022	9
8.5.	Nachholung Integrationspreis 2021 Vorlage: 50/1594/XVII/2022	10
8.6.	Bürgergeld - Regierungsentwurf Vorlage: 50/1615/XVII/2022.....	10
8.7.	Verbindliche Pflegebedarfsplanung - Zuschlagserteilung 2022 Vorlage: 50/1617/XVII/2022	10
8.8.	Örtliche Planung - Umsetzungssachstand 10-Punkte-Plan Vorlage: 50/1618/XVII/2022	10
8.9.	Umsetzung Modellprojekt Präventive Hausbesuche Vorlage: 50/1619/XVII/2022	10
8.10.	Übersicht Zuschüsse und Zuwendungen Vorlage: 50/1595/XVII/2022.....	11
8.11.	Schulkapazitäten für geflüchtete Kinder aus der Ukraine Vorlage: 50/1680/XVII/2022	11
8.12.	Betriebsuntersagung einer Pflegeeinrichtung nach dem Wohn- und Teilhabegesetz Vorlage: 50/1711/XVII/2022.....	12
9.	Anträge.....	12
10.	Anfragen	12

- 10.1. Anfrage der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum kurz- und mittelfristigen Umgang mit den bedingt durch den Krieg in der Ukraine und der Gas-Krise steigenden Energiekosten der sozialen Träger
Vorlage: 50/1661/XVII/2022 12
- 10.2. Anfrage der Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Energieberatung und Balkonsolaranlage" vom 20.09.2022 Vorlage: 61/1699/XVII/2022 12
- 10.3. Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Umsetzungssachstand des Rhein-Kreis Neuss-Passes Vorlage: 50/1705/XVII/2022 13

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold begrüßte alle Ausschussmitglieder zum Ausschuss für Soziales und Wohnen und stellte Herrn Bender als neuen Leiter des Sozialamtes vor. Weiterhin stellte Ausschussvorsitzende Reinhold die Beschlussfähigkeit fest.

2. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Der sachkundige Bürger Herr Gölden wurde von der Ausschussvorsitzenden Reinhold in sein Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

3. Schlüssiges Konzept 2023

Vorlage: 50/1655/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die ausführliche Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Rückfragen.

4. Auswirkung der Energiepreissteigerung im SGB II/SGB XII

Vorlage: 50/1656/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies hierzu auf die Vorlage der Verwaltung und den damit zusammenhängenden Hinweis auf das dritte Entlastungspaket des Koalitionsausschusses.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich führte unter Berufung auf die Vorlage aus, dass im Bereich der Energiekosten eine Kostenübernahme erfolge, wenn der Verbrauch weitgehend unverändert geblieben sei. Beispielhaft brachte sie an, dass sich die letzten beiden Winter im Hinblick auf die Temperaturen stark unterschieden hätten. Sie regte an, dass hieraus ein Durchschnittswert ermittelt werden könne, um starke Abweichungen zu vermeiden.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass ein unerwartet kalter Winter dementsprechend berücksichtigt werden würde.

5. Quartalsbericht Geflüchtete
Vorlage: 50/1591/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage. Hierzu gab es keine Rückfragen.

6. KIM - aktueller Sachstand zur Umsetzung
Vorlage: 50/1592/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies dazu auf die Vorlage und führte ergänzend aus, dass insbesondere die drei Bausteine bereits mehrfach besprochen worden seien.

Ausschussmitglied Lüpertz sprach Herausforderungen hinsichtlich der Personalfindung an und bat diesbezüglich um eine Sachstandsmitteilung. Er verwies außerdem auf die große Anzahl an freien Trägern, die derzeit zum Teil ebenfalls Aufgaben hinsichtlich des kommunalen Integrationsmanagements wahrnehmen würden. Beispielhaft führte er das Projekt „Gemeinsam klappt's“ an. Er bat um Darlegung, welche Möglichkeiten das Teilhabegesetz biete, um freie Träger im kommunalen Integrationsmanagement zu beteiligen.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass der genaue Stand der Personalbesetzung in der Niederschrift zur Sitzung dargelegt werde und verwies auf eine diesbezüglich laufende Dauerausschreibung. Die Gewinnung von Sozialarbeiter/-innen gestalte sich herausfordernd. Seinerzeit sei bewusst die Entscheidung getroffen worden, die Case Manager als auch die Steuerung selbst auf kommunaler Ebene zu belassen. Dies sei darauf zurückzuführen, dass das Programm hinsichtlich seiner strategischen Grundausrichtung darauf ausgelegt sei, die Prozesse, insbesondere innerhalb der Verwaltung, so zu verbessern, dass eine optimale Integration der Menschen möglich sei.

Im Hinblick auf die Wohlfahrtsverbände führte Kreisdirektor Brügge aus, dass diese Mitglieder im Steuerungskreis seien. Wenn sich hieraus Projekte ergäben, möglicherweise auch außerhalb des Programmes KIM finanziert, seien die Wohlfahrtsverbände nach wie vor erste Ansprechpartner.

Ausschussmitglied Krüppel griff den Verweis auf Sozialarbeiter/-innen auf und führte aus, dass sich die Stellenausschreibungen gemäß ihrer Recherche nur auf kaufmännische Angestellte und Verwaltungsmitarbeitende beziehen würde. Sie fragte an, ob geplant sei, die Ausschreibungen explizit auf Sozialarbeiter/-innen auszuweiten.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass dies noch einmal überprüft werde.

Nachtrag:

Im Hinblick auf die Stellenbesetzungen ergibt sich folgender Sachstand:

Baustein 1 KIM:

Die aktuelle Stellenbesetzung ist bereits in der Sitzungsvorlage zu TOP 6 genau und aktuell beschrieben.

Baustein 2 KIM:

Auch hier wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen und wie folgt aktuell ergänzt:

Von den 14 in 2022 zustehenden Case Management-Stellen sind zwei Stellen bereits besetzt, drei weitere Case Manager/innen werden/wurden eingestellt und nehmen in den nächsten Monaten ihre Tätigkeit auf.

Weitere zwei Bewerber haben erfolgreich das Bewerbungsverfahren durchlaufen und erhalten eine Einstellungszusage vom Rhein-Kreis Neuss.

Das Stellenausschreibungsverfahren läuft sukzessive weiter, bis alle Stellen besetzt sind.

Baustein 3 KIM:

Auch hier wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen und wie folgt aktuell ergänzt:

Die Stellen bei der Ausländerbehörde und der Einbürgerungsbehörde Rhein-Kreis Neuss werden neu ausgeschrieben, da im ersten Bewerbungsverfahren keine geeignete Bewerberin bzw. kein geeigneter Bewerber gefunden werden konnte.

Hinsichtlich der Frage, ob sich die entsprechende Stellenausschreibung explizit auf Sozialarbeiter/-innen beziehe, wird der Ausschreibungstext für die Case Management-Stellen auszugsweise wie folgt zitiert:

„Zur Implementierung einer operativen Ebene des individuellen Case Managements /Fallmanagements für das vom Land NRW geförderte Programm „Kommunales Integrationsmanagement“ sind im Kommunalen Integrationszentrum Rhein-Kreis Neuss zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere befristete Vollzeitstellen

als Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter, (Sozial) Pädagogin/(Sozial) Pädagoge oder einer vergleichbaren Fachrichtung (Diplom/Bachelor/Master) mit entsprechender beruflicher Erfahrung

zu besetzen.“

7. Flüchtlinge im Kontext des Ukraine-Konflikts: Rechtskreiswechsel vom AsylbLG zum SGB II/SGB XII Vorlage: 50/1593/XVII/2022

Protokoll:

Frau Hustedt berichtete in ihrer Funktion als Geschäftsführerin des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss über aktuelle Eckpunkte im Bereich des Rechtskreiswechsels vom AsylbLG in das SGB II. Der Vortrag betraf unter anderem die Veränderung der Anzahl der Be-

darfsgemeinschaften, der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften sowie der Verteilung der ukrainischen Geflüchteten auf die kreisangehörigen Kommunen. Weiterhin gab Frau Hustedt einen Überblick über die genaue Personenanzahl innerhalb der Bedarfsgemeinschaften.

Herr Hartz gab als Bereichsleiter unter anderem für den Schwerpunkt Markt und Integration des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss einen Überblick über den Bereich Arbeitsvermittlung und der Eindrücke aus den Erstgesprächen der ukrainischen Geflüchteten. Hierzu stellte Herr Hartz insbesondere die Höhe der Erstberatungen dar und gab Einblicke in die Herausforderungen und Gegebenheiten in den Bereichen Spracherwerb, Qualifikation und beruflicher Werdegang und Anerkennungsverfahren.

Kreisdirektor Brügge bedankte sich für den Vortrag und bei den Kolleginnen und Kollegen der Leistungsbehörden für den herausragenden Einsatz bei der Umstellung des Rechtskreiswechsels vom AsylbLG zum SGB II und SGB XII. Kreisdirektor Brügge hob besonders hervor, dass die ukrainischen Geflüchteten sehr bemüht seien, ihr eigenes Einkommen zu verdienen. Weiterhin merkte Kreisdirektor Brügge an, das man derzeit mit Anbieterinnen und Anbietern von Sprachkursen im Gespräch sei, um das bestehende Angebot ausweiten zu können.

Ausschussmitglied Bartsch bedankte sich für die Ausführungen und erfragte, für wie viele ukrainische Geflüchtete bereits Kosten der Unterkunft übernommen wurden und welche Herausforderungen in diesem Bereich bestünden. Zusätzlich bat Ausschussmitglied Bartsch um Auskunft, ob in Zukunft mit einem Anstieg von russischen Geflüchteten gerechnet werde.

Frau Hustedt führte aus, dass derzeit eine große Menge Mietverträge eingereicht würden und das Interesse an eigenem Wohnraum bei ukrainischen Geflüchteten steige. Die genaue Anzahl der Mietverträge wird dem Protokoll beigefügt. Aus den Gesprächen mit ukrainischen Geflüchteten werde deutlich, dass viele von ihnen gerne langfristig in Deutschland bleiben möchten. Aufgrund der politischen Lage rechne Frau Hustedt damit, dass auch weiterhin ein Anstieg von Geflüchteten, darunter auch russische Geflüchtete, zu verzeichnen sei. Anhand des Zentralregisters der Bezirksregierung Arnsberg sei der weitere Zuzug ukrainischer Geflüchteter für den Rhein-Kreis Neuss erkennbar. Bezüglich des möglichen Zuzugs russischer Geflüchteter könne derzeit keine verbindliche Aussage getroffen werden. Sobald hierzu Zahlen vorliegen, könne im Ausschuss darüber berichtet werden.

Ausschussmitglied Lüpertz erfragte, ob es seitens des Jobcenters weitere Angebote oder Netzwerke zur Integration gebe.

Herr Hartz berichtete, dass insbesondere Wohlfahrtsverbände und freiwillige Helferinnen und Helfer verschiedene Angebote zur Verfügung stellen und die Geflüchteten besonders unterstützen würden. Das Jobcenter stehe mit diesen in regem Kontakt. Für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten könne darüber hinaus ein Sozialcoaching erfolgen. Sofern noch kein Sprach- und Integrationskurs wahrgenommen wurde, würden ukrainische Geflüchtete diesen in Anspruch nehmen können.

Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Nachtrag:

Nach Einschätzung des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss leben aktuell 70 % bis 75 % der ukrainischen Geflüchteten in Mietwohnungen. Perspektivisch werde sich dieser Anteil erhöhen.

8. Mitteilungen

8.1. Evaluation Leistungsanbietende BuT

Vorlage: 50/1606/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies hierzu auf die Vorlage, in der das Ergebnis der Befragung vorgestellt wurde. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass dieses keine hohe Aussagekraft besäße, da sich nur 11 % der Leistungsanbietenden an der Befragung beteiligt hätten.

Ausschussmitglied Kühl bezog sich auf die in der Vorlage benannte Kontaktperson bei Problemen. Sie fragte an, ob diese ihre Arbeit fortführen würde. Ergänzend bat sie um Stellungnahme, wie sich die Kommunikation zwischen Kontaktperson und Anbietenden gestalten sollte.

Kreisdirektor Brügge bestätigte, dass es weiterhin eine Kontaktperson gebe und geben werde. Bei der Befragung handele es sich um die erste Evaluation, weitere sollen quartalsmäßig folgen. Im Falle von Problemen könnten die Leistungsanbietenden aktiv auf die Verwaltung zukommen, dies sei auch dementsprechend kommuniziert worden.

8.2. Sachstand kreisweites Wohnungslosenkonzert

Vorlage: 50/1599/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Bartsch erfragte, wer in der Arbeitsgruppe vertreten sein werde und ob die Politik beteiligt werde. Weiterhin wies Ausschussmitglied Bartsch darauf hin, dass sich in der Landesinitiative zur Wohnungslosigkeit bereits eine Definition des Wohnungslosigkeitsbegriffs befinde.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der kreisangehörigen Kommunen und der Wohnungsbaugesellschaften in der Arbeitsgruppe vertreten seien. Weiterhin werde sich der Definition der Landesinitiative angeschlossen. Darüber hinaus solle das Landesprogramm „Endlich ein Zuhause“ weitergeführt werden.

8.3. OZG-Sozialplattform

Vorlage: 50/1601/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies dazu auf die Verwaltungsvorlage.

Ausschussmitglied Kühl bat um eine Auflistung der 14 Themenfelder, die das OZG umfasse.

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass diese in der Niederschrift aufgenommen werden würden.

Nachtrag (Auflistung der 14 Themenfelder):

Arbeit & Ruhestand

Bauen & Wohnen

Bildung

Ein- & Auswanderung

Engagement & Hobby

Familie & Kind

Forschung & Förderung

Gesundheit

Mobilität & Reisen

Querschnittsleistungen

Recht & Ordnung

Steuern & Zoll

Umwelt

Unternehmensführung & -entwicklung

8.4. Einführung des Rhein-Kreis Neuss-Passes

Vorlage: 50/1630/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage und verknüpfte diesen Tagesordnungspunkt mit dem Tagesordnungspunkt 10.3 Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2022 zum Umsetzungssachstand des Rhein-Kreis Neuss-Passes.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich erfragte, ob die Leistungsberechtigten den Rhein-Kreis Neuss-Pass telefonisch oder per E-Mail beantragen können.

Kreisdirektor Brügge und Frau Hustedt bestätigten, dass dieser telefonisch und per E-Mail beantragt werden könne, um einen niedrighschwelligem Zugang zu dem Rhein-Kreis Neuss-Pass zu ermöglichen.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich bat um Mitteilung, ob Flyer an der Information des Jobcenters ausgelegt seien oder ob die Leistungsberechtigten auf eine andere Weise über den Rhein-Kreis Neuss-Pass informiert werden.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass im Bescheid auf die Beantragung des Rhein-Kreis Neuss-Passes hingewiesen werde und der Flyer dem Bescheid als Anlage beigefügt werde. Darüber hinaus werden die Flyer an der Information des Jobcenters ausgelegt.

Ausschussmitglied Ladeck dankte Frau Hustedt und der Verwaltung für die Umsetzung des Rhein-Kreis Neuss-Passes.

8.5. Nachholung Integrationspreis 2021

Vorlage: 50/1594/XVII/2022

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

8.6. Bürgergeld - Regierungsentwurf

Vorlage: 50/1615/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage. Es gab keine Rückfragen.

8.7. Verbindliche Pflegebedarfsplanung - Zuschlagserteilung 2022

Vorlage: 50/1617/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies hierzu auf die Vorlage der Verwaltung.

Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass geplant sei, die verbindliche Bedarfsplanung für das nächste Jahr erneut in der Kommission „Silberner Plan“ vorzubereiten.

8.8. Örtliche Planung - Umsetzungssachstand 10-Punkte-Plan

Vorlage: 50/1618/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage. Es gab keine Rückfragen.

8.9. Umsetzung Modellprojekt Präventive Hausbesuche

Vorlage: 50/1619/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies dazu auf die Vorlage und erklärte, dass bisher sieben Rückmeldungen erfolgt seien. Der weitere Verlauf werde beobachtet, in der kommenden Sitzung werde hierzu erneut berichtet.

Ausschussmitglied Bartsch bedankte sich für die Umsetzung des Antrags und merkte an, dass im Anschreiben nicht explizit auf die Möglichkeit eines Hausbesuchs hingewiesen worden sei. Es handele sich um eine aufsuchende Beratung mit dem Ziel, Hemmschwellen abzubauen.

Kreisdirektor Brügge bedankte sich für den Hinweis und erklärte, dass dieser Punkt mit aufgenommen werde.

Ausschussmitglied Kühl wies darauf hin, dass sowohl im Fyler als auch im Informationsschreiben die WTG-Behörde aufgeführt wurde. Würde man hierzu Recherchen anstellen, sei schnell die Bedeutung „Heimaufsicht“ ersichtlich. Dies könne einen abschreckenden Effekt haben. Sinn der Hausbesuche sei, dass die Bürger/-innen länger in ihrem Zuhause bleiben könnten und damit in ihrer Selbst- bzw. Eigenständigkeit gestärkt würden. Sie regte eine dahingehende Änderung an.

Ausschussmitglied Bartsch bat darum, seitens des Rhein-Kreises Neuss und der Stadt Korschenbroich mithilfe einer Pressemitteilung auf die entsprechenden Möglichkeiten hinzuweisen bzw. für diese zu werben.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass die Schreiben von der WTG-Behörde gefertigt wurden. Gleichwohl werde der Hinweis mit aufgenommen. Die Öffentlichkeitsarbeit werde ebenfalls noch einmal thematisiert.

8.10. Übersicht Zuschüsse und Zuwendungen

Vorlage: 50/1595/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich erfragte, wie viele Mittel noch für das soziale Handlungskonzept vorhanden seien, welche Projekte bereits beantragt wurden und regte zusätzlich an, dass die jeweiligen Projekte in der Übersicht benannt werden sollten. Dadurch sei erkennbar, für welche Projekte die Mittel verausgabt wurden.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass derzeit noch Mittel im Rahmen des sozialen Handlungskonzeptes vorhanden seien und Projekte bis Ende des Jahres in Planung seien. Es sei unklar, ob die geplanten Projekte bis Ende des Jahres realisiert werden können. Kreisdirektor Brügge wies darauf hin, dass das erste Halbjahr insbesondere durch die ukrainischen Geflüchteten geprägt sei und erhebliche Kapazitäten gebunden habe. Über die bezuschussten Projekte im Rahmen des sozialen Handlungskonzeptes wurde in vergangenen Sitzungen berichtet, eine Auflistung könne – sofern gewünscht – dennoch erfolgen. Dabei handele es sich um die jährliche Aufstellung.

Ausschussmitglied Kühl regte an, dass der Passus „Inklusion von behinderten Menschen“ in „Inklusion von Menschen mit Behinderungen“ geändert werden solle.

Kreisdirektor Brügge bedankte sich für den Hinweis und sicherte zu, diesen Passus zukünftig zu ändern.

8.11. Schulkapazitäten für geflüchtete Kinder aus der Ukraine

Vorlage: 50/1680/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die Vorlage, welche inhaltlich an den Bericht des Jobcenters zu TOP 7 anknüpfe. Sie merkte ergänzend an, dass die Wartezeit im Vergleich zum Landesschnitt beim Rhein-Kreis Neuss als sehr solide zu betrachten sei.

Ausschussmitglied Wienands fragte an, ob diese Übersicht auch im Schul- und Bildungsausschuss verwendet werden könne. Förderschulen seien ebenfalls betroffen, gegebenenfalls könne man auch eine Auskunft erlangen, ob berufsbildende Schulen betroffen seien.

Kreisdirektor Brügge stimmte diesem Vorgehen zu, ebenso der anwesende Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses.

Ausschussmitglied Schmitz lobte noch einmal ausdrücklich das Kommunale Integrationszentrum für die gegenüber dem Zeitraum vor den Sommerferien stark verkürzten Wartezeiten.

8.12. Betriebsuntersagung einer Pflegeeinrichtung nach dem Wohn- und Teilhabegesetz

Vorlage: 50/1711/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die am Tag der Sitzung eingestellte Tischvorlage. Es gab keine Rückfragen.

9. Anträge

Protokoll:

Es haben keine Anträge zur Beschlussfassung durch den Ausschuss vorgelegen.

10. Anfragen

10.1. Anfrage der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum kurz- und mittelfristigen Umgang mit den bedingt durch den Krieg in der Ukraine und der Gas-Krise steigenden Energiekosten der sozialen Träger

Vorlage: 50/1661/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussmitglied Ladeck dankte der Verwaltung, dass bereits Gespräche geführt wurden, um gemeinsam mit den sozialen Trägern eine Lösung im Hinblick auf die steigenden Energiekosten zu finden. Gleichzeitig bat er diesbezüglich um fortlaufende Information. Dies sei von besonderer Bedeutung, insbesondere um die steigenden Kosten im Rahmen der Haushaltsberatungen einbeziehen zu können.

10.2. Anfrage der Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Energieberatung und Balkonsolaranlage" vom 20.09.2022

Vorlage: 61/1699/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies auf die am Tag der Sitzung eingestellte Tischvorlage. Es gab keine Rückfragen.

**10.3. Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Umsetzungssachstand des Rhein-Kreis Neuss-Passes
Vorlage: 50/1705/XVII/2022**

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold verwies hierzu auf die Ausführungen zu TOP 8.4. Rückfragen gab es nicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Ausschussvorsitzende Reinhold um 18:02 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Katharina Reinhold
Vorsitzende

Jacqueline Dragojevic
Schriftführerin

Till Brebeck
Schriftführer